

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

Landtagswahlen Sachsen-Anhalt: 6. Juni 2021

In Deutschland sortieren sich 21% selbst im bisexuellen Spektrum ein (bei jungen Menschen sogar 39%):

<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>.

Bisexuelle sind also eine **ernstzunehmende Wähler_innenschaft**.

Bitte antworten Sie daher bis zum 26.05.2021.

Wenn nicht überall eine Antwort möglich ist, nehmen wir auch nur einen Teil an.

Vielen Dank für Ihre Mühe und viel Erfolg bei der Wahl!

Mit den Antworten der FDP Sachsen-Anhalt

Freie Demokraten

Landesverband
Sachsen-Anhalt **FDP**

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag bislang niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus

(https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema,
https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown,

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen,
https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

Niemand muss sich outen, aber es ist wertvoll, wenn Politiker*innen das tun.

Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%,
<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

- **Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen) und von jungen Menschen?**
- **Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt? Wer?**

Zu Frage 1a: Eine bessere Atmosphäre für Coming-Outs entsteht durch gesellschaftliche Offenheit und Akzeptanz. Hier unterstützen vor allem Peer-to-Peer Angebote in den Schulen und Jugendarbeit. Auch die Angebote der LGBTI-Verbände vor Ort ist wichtiger Bestandteil zu signalisieren: Du bist nicht allein!

Zu Frage 1b: Ja, auch bei uns gibt es Mitglieder, die offen zu ihrer Bisexualität stehen.

Frage 2:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf).

Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang fast komplett verschwiegen.

In Sachsen-Anhalt gibt es seit 2016 den „Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplans für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“ (https://www.lsvd.de/media/doc/424/sachsen_anhalt_2016_aktionsprogramm_fuer_die_akzeptanz_von_lsbtii.pdf).

Bisexuelle werden genannt, Bisexuellenfeindlichkeit und spezielle Diskriminierungen und Bedürfnisse Bisexueller dagegen nicht.

→ Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Zu Frage 2: Wir Freie Demokraten treten generell für eine möglichst große Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung der jeweiligen Schule beziehungsweise der Lehrkräfte ein. Dies umfasst thematische Schwerpunktsetzungen im Rahmen des von den Schulen selbst festzulegenden Schulcurriculums ebenso wie den Einsatz von Unterrichtsmaterialien und die Umsetzung von konkreten Projekten an den Schulen.

Frage 3:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tor für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und

nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich**

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist eine besonders zu verachtende Straftat.

- <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

**→ Wie wollen Sie konkret auf menschenrechtsfeindliche Äußerungen und Gruppierungen reagieren?
Und wie schützen Sie Bisexuelle vor Hassgewalt?**

Zu Frage 3: Wir zeigen null Toleranz gegen diejenigen, die Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminieren.

Dies ist Grundsatz unserer Politik für LSBTIQ. Wo solche Diskriminierung erfolgt, gar zu Straftaten aufgerufen wird, ist mit den gebotenen rechtlichen Schritten dagegen vorzugehen.

Frage 4:

Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema

(http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine **Initiative zu sexueller Sichtbarkeit**:

https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html,
https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Dieses Jahr ist ein Bi+Pride in Hamburg mit Bi-Flaggen-Hissungen, Workshop und Demonstration für sexuelle Sichtbarkeit geplant (www.bipride.de).

In Australien hat eine Senatorin eine **Rede zum Tag der Sexualität** (23.9.) gehalten

(<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Sexualität (<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>).

2020 war das Jubiläum „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer sexuellen Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

**→ Welche vergleichbare Aktionen (Bi-Flaggen-Hissung, Rede im Landtag usw.) können Sie sich für Sachsen-Anhalt vorstellen?
Wie soll es umgesetzt werden?**

Frage 5:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Sexualität hinterher.

- https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

→ **Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?**

Frage 6:

Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter (https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824). Gerade in Corona-Zeiten sind Blutspenden rar.

Das **Transsexuellengesetz** betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im **Grundgesetz, Artikel 3** (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>). Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen (<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), die Initiative „Grundgesetz für alle“ von sehr vielen Organisationen und Prominenten unterstützt wird (<https://grundgesetz-fuer-alle.de/>), plant die Bundesregierung aktuell keine Erweiterung (https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).

Die **Anerkennung der gemeinsamen Elternschaft von gleichgeschlechtliche Paaren** fehlt in Deutschland nach wie vor

(<https://www.focus.de/regional/niedersachsen/etappensieg-fuer-gleichberechtigung-zwei-muetter-in-geburtsurkunde->

[lesbisches-paar-wird-fall-fuer-bundesverfassungsgericht id 13129494.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/lesbisches-paar-wird-fall-fuer-bundesverfassungsgericht-id-13129494.html)).

Die lange kritisierten **geschlechtsangleichenden Operationen an intergeschlechtlichen Kindern** werden nun verboten, allerdings gibt es hier noch unnötige Ausnahmen (<https://www.sueddeutsche.de/panorama/kinder-intergeschlechtlich-gesetz-1.5287608>).

Die sogenannten „**Konversionstherapien**“ sind mittlerweile verboten, aber auch hier gibt es Schlupflöcher für Eltern, die dies doch unbedingt durchsetzen wollen (<https://www.lsvd.de/de/ct/914-Umpolungstherapien-wollen-Homosexualitaet-und-Transgeschlechtlichkeit-quot-heilen-quot>).

→ Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die politischen Entscheidungsträger*innen in Bundestag und Bundesrat vermehrt auf den Rat von Expert*innen hören, so dass Menschenrechte auch ohne Mahnungen des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden?

- **Verbesserung der Blutspenderegulungen,**
- **Trans*-Rechte,**
- **Schutz im Grundgesetz,**
- **Anerkennung von zwei Müttern,**
- **Schutz von Inter*-Kindern,**
- **Verbot von Konversionstherapien**

Zu Frage 5: Unsere Bundestagsfraktion arbeitet bereits sehr intensiv an diesen Themenkomplexen. Natürlich würden wir im Falle einer Regierungsbeteiligung unseren Einfluss geltend machen, diese Initiativen im Bundesrat zu unterstützen.

Vielen Dank!

Was möchten Sie noch ergänzen?